

SANIERUNG UND WACHSTUM

Wie Industriestandort UND Budget auf Vordermann gebracht werden können



„GROW & GLOW“
Initiative holt Mädchen
an die HTL

Seite 8



TIROL
Tiroler Industrie fordert
mutige Reformen

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien

JUBILÄUM
Seit 30 Jahren ist Österreich
EU-Mitglied

Seite 2

Expertenmeinung von ANNA REINDL

EU-Mercosur: Eine strategische Chance für Europa

Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage sowie des zunehmend drohenden Wettbewerbsverlusts in Europa ist es gerade jetzt umso wichtiger, Handelspartner verstärkt zu diversifizieren.



Anna Reindl, Referentin
Internationale Beziehungen &
Märkte

Mehr als 20 Jahre nach Beginn der Verhandlungen über ein umfassendes Partnerschaftsabkommen zwischen der Europäischen Union und den vier Ländern der Mercosur-Region (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) wurde im Dezember 2024 die finale Einigung verkündet. Die EU und Mercosur schaffen zusammen einen Markt von mehr als 700 Millionen Menschen – und damit eine der größten Freihandelszonen der Welt.

Grundsätzlich besteht das Abkommen einerseits aus einer politischen Kooperation (etwa Zusammenarbeit im Bereich Bildung) sowie andererseits aus einem Freihandelsabkommen. Letzteres soll den Handel mit Waren und Dienstleistungen zwischen beiden Regionen stärken; v.a. durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen. Konkret sollen etwa 91 Prozent der Zölle auf EU-Warenexporte nach Mercosur schrittweise abgebaut werden. Laut Europäischer

Kommission würde dies eine jährliche Zollersparnis von vier Mrd. Euro für EU-Unternehmen bewirken.

Politische Grundsatzeinigung bereits 2019

Bereits 2019 gab es eine erste politische Grundsatzeinigung über ein solches EU-Mercosur-Abkommen. Aufgrund von Gegenwind einiger EU-Mitgliedstaaten (wie u.a. Frankreich), besonders im Bereich der Landwirtschaft und des Umweltschutzes, folgten Nachverhandlungen. Daher wurde unter anderem ein eigenes Zusatzinstrument im Rahmen des Abkommens verhandelt, das vor allem die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele des Pariser Klimaabkommens rechtlich garantieren und durchsetzen soll.

Strategische Chance für ein selbstbewusstes Europa

Österreich ist mit einer Exportquote von 60 Prozent des BIP eine stark exportorientierte Volkswirtschaft. Mehr als

1,2 Millionen heimische Arbeitsplätze werden durch Exporte gesichert. Europa-weit hängen 38 Millionen Arbeitsplätze an EU-Exporten zu Drittstaaten.

Die EU ist mit einem Anteil von 17 Prozent am Gesamthandel nach China der zweitbedeutendste Warenhandelspartner für Mercosur. Die Umsetzung des Abkommens könnte laut Studien zu einer Steigerung europäischer Exporte in die Region von bis zu 64 Prozent führen. Außerdem sichern EU-Exporte nach Mercosur bereits jetzt 32.000 Arbeitsplätze in Österreich.

Angesichts der aktuellen geopolitischen Lage sowie des zunehmend drohenden Wettbewerbsverlusts in Europa ist es gerade jetzt umso wichtiger, Handelspartner verstärkt zu diversifizieren. Das EU-Partnerschaftsabkommen mit Mercosur ist in diesem Sinne eine wesentliche strategische Chance für Europa, die dringend genutzt werden muss.

Wie geht es weiter?

Damit das Abkommen unterschrieben werden und in Kraft treten kann, müssen sowohl das Europäische Parlament als auch die EU-Mitgliedstaaten (im Rahmen des Rates der Handelsminister) zustimmen. Eine endgültige Entscheidung könnte aufgrund der noch zu erfolgenden Verfahrensschritte, etwa der juristischen Überprüfung und Übersetzung des Abkommens in alle EU-Amtssprachen, im Sommer dieses Jahres fallen.



30 Jahre EU-Mitgliedschaft: Erfolgsmodell mit Wachstumspotenzial

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 war ein Motor für mehr Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Innovation. Doch das volle Potenzial der Union muss erst noch entfaltet werden.

„Die Teilnahme am EU-Binnenmarkt hat Österreich als kleine, exportorientierte Volkswirtschaft überproportional gestärkt. Fast jeder zweite Arbeitsplatz in Österreich hängt direkt oder indirekt vom Außenhandel ab, rund 70 Prozent der österreichischen Exporte an Waren und Dienstleistungen gehen in den EU-Binnenmarkt. Das unterstreicht, wie unverzichtbar die EU für unseren Wirtschaftsstandort ist“, so IV-Präsident Georg Knill.

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 15 Billionen Euro, 450 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten sowie 21 Millionen Unternehmen ist der Binnenmarkt der größte Wirtschaftsraum der Welt. Doch auch 30 Jahre nach seinem Inkrafttreten bleibt er in einigen Bereichen ein Flickenteppich – Barrieren, etwa regulatorische Divergenzen und ein hoher Verwaltungsaufwand, bremsen das volle Potenzial des Binnenmarkts aus.

Eine Union, die ihr Potenzial verwirklicht

Die EU läuft in den letzten Jahren zusehends Gefahr, durch Überbürokratisierung und Überregulierung unternehmerische Initiative zu ersticken oder

Im Jahr 2025 feiert Österreich 30 Jahre seit dem Beitritt der Republik zur Europäischen Union. Seit damals hat sich das Land zu einem der dynamischsten und innovativsten Mitglieder der EU entwickelt und enorm von der Mitgliedschaft profitiert. Die wirtschaftlichen Vorteile der österreichischen EU-Mitgliedschaft werden heute als quasi selbstverständlich angesehen – doch erst die EU-Mitgliedschaft hat die Export- und Investitionserfolge der österreichischen Wirtschaft ermöglicht.

Der europäische Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten (dem freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) hat sich in dieser Zeit als das Fundament für Unternehmertum, Wohlstand und Wachstum herausgestellt.



sogar abzuschrecken. Deshalb muss in den kommenden Jahren besonderes Augenmerk auf der Wiederherstellung und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Europas liegen. Bürokratieabbau, die Vereinfachung regulatorischer Vorgaben,

die Senkung der Energiekosten und die Schaffung eines harmonischen Wettbewerbsumfelds sind essenziell. 30 Jahre Österreich in der EU sind ein Grund zum Feiern – und ein Ansporn, die europäische Idee weiterzuentwickeln.

Woran wir eine neue Bundesregierung messen müssen

Österreich nimmt nicht mehr am globalen Wachstum teil, weil wir uns schlicht aus dem Markt gepreist haben. Wir brauchen jetzt möglichst schnell auch einen psychologischen Effekt und müssen Unternehmen das Vertrauen in den Standort zurückgeben.



Während der langen und streckenweise sehr zähen Verhandlungen, die seit der Nationalratswahl am 29. September 2024 geführt wurden, hatte man oft den Eindruck, dass der Ernst der Lage nicht von allen Beteiligten erkannt wurde. Daher hier noch einmal in aller Deutlichkeit: Die Industrie ist im dritten Rezessionsjahr. Es ist die längste Rezession seit 1954. Wir kämpfen mit Produktionsrückgängen, steigender Arbeitslosigkeit (in der Industrie + 17,8 Prozent 2024!) und nehmen nicht mehr am globalen Wachstum teil, weil wir uns schlicht aus dem Markt gepreist haben. Wir können das nicht achselzuckend auf „die globale Situation“ schieben – die Probleme sind größtenteils hausgemacht und es ist wirklich an der

Zeit, dass wir den aktuellen monatelangen Stillstand nicht weiter verlängern.

Neben einem Weg für spürbare Kostenreduktionen müssen Unternehmerinnen und Unternehmer das Vertrauen in den Standort zurückgewinnen. Nicht zuletzt die Belastungsfantasien der Gewerkschaften und der Spitze der Bundes-SPÖ haben dazu beigetragen, dass nicht mehr in Österreich, sondern an anderen Standorten investiert wird und dadurch hier Arbeitsplätze (im Übrigen auch Gewerkschaftsmitglieder!) und Innovationen verloren gehen. Den starken Sozialstaat, auf den wir zu Recht stolz sind, muss jemand finanzieren – es ist daher notwendig, die hohen Kosten bei Arbeit, Energie und durch Bürokratie zu senken und der Industrie wieder die Luft zum Atmen zu

geben, die sie braucht, um weiterhin die starke Kraft der Wertschöpfung dieses Landes zu sein. Und es ist möglich, dies auch in einer durchaus heiklen Situation eines massiven Budgetdefizits zu tun.

Eine ausgabenseitige Budgetkonsolidierung ist möglich und notwendig. Wenn man mit seinem Geld nicht auskommt, muss man weniger ausgeben – das sollte selbstverständlich sein. Die Potenziale wurden ohnehin in den vergangenen Wochen von vielen Seiten aufgezeigt, deshalb sei hier nur eine Zahl herausgegriffen: Wenn wir die sehr hohe Förderquote Österreichs von 7,5 Prozent auf den Durchschnitt der EU-Länder von 5,7 Prozent senken, werden 8,3 Milliarden Euro frei. Das ist mehr als die 6,4 Milliarden Euro, die Österreich bereits 2025 jedenfalls

einsparen muss. Durch Effizienzsteigerungen wäre ebenfalls viel zu gewinnen. Und schließlich bleibt noch die überbordende Bürokratie: Das Streichen unnötiger Berichtspflichten kostet nichts und würde eine Entlastung in Milliardenhöhe bringen. Zuletzt sei noch ein Hinweis erlaubt: Als Exportnation lebt Österreich von seiner Reputation im Ausland und von seiner Integration in den Binnenmarkt der Europäischen Union. Wir werden die Regierung an ihren Inhalten und Taten messen!

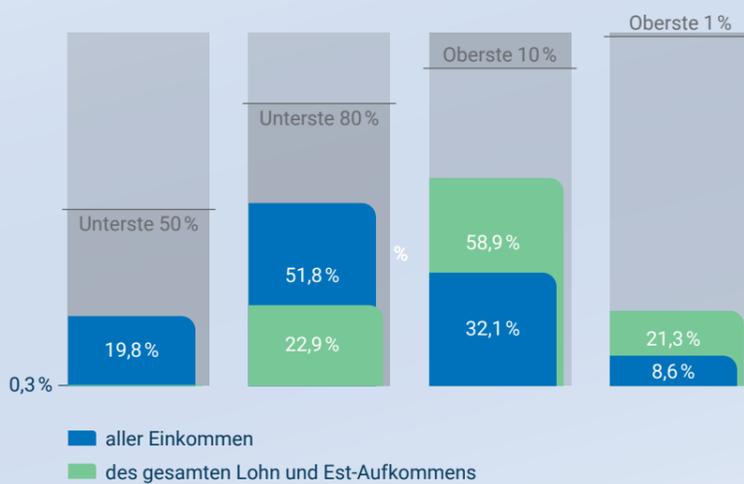
Ihr

Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Am 8. Jänner 2025 fand der sogenannte „Fat Cat Day“ statt – also jener Tag, an dem nach Berechnungen der Arbeiterkammer österreichische Spitzenmanager im Median so viel verdienen wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer im ganzen Jahr. Ausgeblendet wird bei dieser alljährlichen Debatte, dass Topverdiener auch Top-Steuerzahler sind: Der „Fat Cat Day“ ist also vor allem ein „Fat Tax Day“. Das oberste Prozent der Einkommensbezieher erhält 8,6 Prozent aller Einkommen und leistet 21,3 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens; die obersten zehn Prozent der Einkommensbezieher erhalten 32,1 Prozent aller Einkommen und leisten stolze 58,9 Prozent des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens.

Topverdiener zahlen Großteil der Lohnsteuer



Quelle: Integrierte Lohn-Est-Statistik 2021 (Statistik Austria 2024)

Zahl des Monats

3,53
Milliarden
Euro

Diese Summe veranschlagte der Bund 2024 für direkte umwelt- und klimapolitische Förderungen. Das entspricht mehr als einer Verdoppelung zum Jahr 2022 (1,68 Mrd. Euro). Der Fokus der Ausgaben liegt laut Wifo beim Klimaschutz, während Kreislaufwirtschaft und Biodiversität kaum ins Gewicht fallen. 2023 flossen in Österreich insgesamt rund 33 Mrd. Euro bzw. 6,9 Prozent des BIP in Förderungen, wie Zahlen von Eurostat ergeben. Der EU-Schnitt liegt bei 6,3 Prozent.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/Lexi, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Adobe Stock, IV-OÖ/Adobe Stock, IV-Salzburg/Salzbürger Industrie/Neumayr, IV-Steiermark, IV-Tirol/FC IV Tirol/Oss, IV-Vorarlberg, IV-Wien/David Schreiber

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Expertenmeinung von JUDITH OBERMAYR-SCHREIBER

Sichere und leistbare Gasversorgung für Österreich

Das Ende des Gastransits durch die Ukraine und der deutschen Gasspeicherumlage rückt die Notwendigkeit einer sicheren, diversifizierten und leistbaren Gasversorgung in Österreich einmal mehr in den Fokus.

Die gute Nachricht zuerst: Kurz vor Ende des Jahres beschloss der Bundestag in Deutschland eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), womit die deutsche Gasspeicherumlage nicht mehr an den Grenzübergabepunkten eingehoben wird. Ab Jahreswechsel wird die Umlage somit nur mehr bei Entnahmen innerhalb Deutschlands eingehoben. Seit ihrer Einführung 2022 zählte die Industriellenvereinigung zu den schärfsten Kritikern der unionsrechtswidrigen deutschen Gasspeicherumlage, weil sie den Handel innerhalb des Binnenmarkts beschränkt und die angestrebte Diversifizierung der Gasimportrouten nach Österreich als „Quasi-Zoll“ künstlich verteuert. Ein wichtiger und längst überfälliger

Schritt ist damit für den Industriestandort Österreich und ganz Mitteleuropa gelungen – die konsequente Kritik der IV und anderer Verbündeter hat sich ausgezahlt.

Dass die Abschaffung der Gasspeicherumlage noch kurz vor Jahresende beschlossen wurde, ist besonders vor dem Hintergrund des Stopps des Gastransits durch die Ukraine von essenzieller Bedeutung: Hätte Österreich seine Importe aus Russland über die Ukraine nach Baumgarten gänzlich über Lieferungen aus Deutschland ersetzt, wären durch die Gasspeicherumlage Kosten von rund einer Million Euro pro Tag angefallen.

Nun fließt seit 1. Jänner 2025 kein Gas mehr durch die Ukraine nach Österreich

bzw. Mitteleuropa, insbesondere die Slowakei. Trotz bestehender Vorkehrungsmaßnahmen im Hinblick auf die Versorgungssicherheit und Diversifizierung stellt der Wegfall dieser substanziellen Mengen durch den mit Abstand größten Gas-Entry-Punkt Österreichs den Standort Österreich bzw. Mitteleuropa vor nicht zu unterschätzende Herausforderungen.

Bereits seit vergangenem Herbst stiegen die Gaspreise mit dem Heranrücken des Auslaufens der Gastransitverträge auf ein sehr hohes Niveau; derzeit pendeln sie sich bei rund 50 Euro pro Megawattstunde ein, was den Standortfaktor Energie insgesamt massiv verteuert und letztlich auch die Inflation antreibt. Die Gaspreise liegen damit vier- bis fünfmal



Judith Obermayr-Schreiber, Expertin Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie

höher als in den USA – mit gravierenden Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt, dass wir in Österreich bzw. Europa einen vergleichsweise kalten Winter erleben und sich die Gasspeicher deutlich schneller entleeren als etwa im Vorjahr. Die Wiederauffüllung in der Einspeichersaison während der warmen Jahreszeit wird dadurch erschwert bzw. verteuert, dass sich die prognostizierten Gaspreise über den Sommer ebenfalls auf sehr hohem Niveau befinden.

Lehre in den bildungspolitischen Fokus rücken

Eine neue Studie im Auftrag von „zukunft.lehre.österreich.“ und der Industriellenvereinigung zeigt, welche Potenziale für eine zukunftsfähige Lehrausbildung ausgeschöpft werden müssen.

Trotz der derzeit angespannten Situation in Industrie und Wirtschaft und der turbulenten politischen Entwicklungen: Fachkräfte bleiben einer der wichtigsten „Rohstoffe“ Österreichs für die zukunftsweisende Weiterentwicklung des Standorts. Unternehmen bilden dafür Lehrlinge direkt im Betrieb zu hoch qualifizierten Fachkräften aus und bieten diesen damit die Grundlage für einen langfristig attraktiven und sicheren Karriereweg. Eine vom market-Institut durchgeführte Studie beleuchtet die Wahrnehmung der Betriebe zu ihren Lehrstellenbewerberinnen und -bewerbern, die Rolle der Grundbildung in der Schule und der Berufsorientierung sowie den Stellenwert der Lehre in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten. Die Auswahl der Befragten spiegelt die Struktur österreichischer Lehrbetriebe anhand der Lehrlingsanzahl in den einzelnen Sparten wider.

Die wichtigsten Studienergebnisse

Obwohl es längere Zeit gelungen war, die Auswirkungen der derzeitigen Rezession auf die Fachkräfteaktivitäten gering zu halten, sieht nunmehr rund ein Viertel der Befragten die Lehrausbildung durch die Wirtschaftskrise geschwächt. Gleichzeitig bleibt für die Unternehmen der hohe Stellenwert der betrieblichen Ausbildung bestehen: 92 Prozent der befragten Unternehmen wünschen sich für die



Bei der Studienpräsentation (v.l.n.r.): Monika Sandberger („z.l.ö.“), Georg Knill, Robert Machtlinger („z.l.ö.“) und David Pfarrhofer (market).

Lehrausbildung einen höheren Stellenwert auf der politischen Agenda. Betriebe berichten vermehrt von Defiziten im Bereich der Grundkompetenzen, der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt und der Umgangsformen. 79 Prozent der Betriebe sehen einen Bedarf an intensiverer Vorbereitung auf das Arbeitsleben und die beruflichen Anforderungen. Besonders größere Unternehmen betonen hier den Wunsch nach Verbesserung.

Verbesserung der Grundkompetenzen notwendig

IV-Präsident Georg Knill betont die große Bedeutung der betrieblichen Ausbildung für junge Menschen und die Industrieunternehmen: „Die Industrie ist in den letzten Jahren zum zweitgrößten Lehrlingsausbilder aufgestiegen. Die größten Herausforderungen bleiben leider nach wie vor die Vorkompetenzen angehen der Lehrlinge – daher wünschen wir uns

von der künftigen Bundesregierung eine Qualitätsoffensive in der Grundbildung, z.B. durch die Einführung einer Bildungspflicht sowie eine professionelle Bildungs- und Berufsorientierung“, so der IV-Präsident. Nicht zuletzt sieht er aber auch Luft nach oben, wenn es darum geht, das Image der Lehre in der Bevölkerung zu heben: „Dafür braucht es einen gesellschaftlichen Schulterschluss aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.“

„Weltraum wird stärker für Sicherheitszwecke eingesetzt“

Im Interview spricht der Generaldirektor der Europäischen Weltraumagentur (ESA) Josef Aschbacher über die Weltraumforschung der EU, die Rolle Österreichs und Exportchancen für Unternehmen.

Begonnen beim Draghi Report bis zur erstmaligen Einsetzung eines EU-Kommissars für Defence Industry and Space, gibt es auf EU-Ebene eine starke Priorisierung der Raumfahrt und der Weltraumforschung. Wie sehen Sie diese Entwicklungen?

Josef Aschbacher: Draghi hat sehr klar erkannt und beschrieben, dass Weltraum eine der Schlüsseltechnologien Europas ist, wo wir aufholen müssen, um vorne dabei zu bleiben und Innovation voranzutreiben. Weltraum ist essenziell wichtig für die Gesellschaft, die Sicherheit und verschiedene Wirtschaftszweige.

Auf europäischer Ebene kam es durch den neuen Kommissar, Herrn Kubilius, der sowohl für Weltraum aber auch für Verteidigung zuständig ist, zu einer großen Änderung in der Politik Europas. Dies wird sicher auch dazu führen, dass Weltraum mehr für Verteidigungs- und Sicherheitszwecke eingesetzt wird, was in der gegebenen geopolitischen Situation enorm wichtig für Europa ist.

Weltraum ist eine sogenannte Querschnittsmaterie. Welche Relevanz hat und welche Chancen bietet der Zukunftsbereich Weltraum dahingehend?

Raumfahrt ist eine Schlüsseltechnologie, die sehr viele Industriezweige bedienen wird, beginnend bei Wettervorhersagen über Navigationssysteme, Landwirtschaft, Städteplanung, Gesundheitswesen, Tourismus und viele andere Bereiche, in denen der Weltraum essenzielle Informationen bereitstellt. Wer diese an Bedeutung gewinnende Technologie nicht nützt, wird nicht zukunftsfit sein und einen Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Unternehmen und Wirtschaftszweigen haben. Daher ist es

wichtig, Weltraum auch in Bereichen wie pharmazeutische Industrie, Tourismus, Landwirtschaft und vielen anderen Bereichen einzubauen.

Wie ist Österreich hinsichtlich Technologien für die Anwendung im Weltraum aufgestellt und welche Rolle kann Österreich in Zukunft spielen?

Österreich ist ein wichtiges Weltraumland. Seit dem Beitritt Österreichs bei der europäischen Weltraumagentur ESA hat sich sehr viel getan. Österreich verfügt über Spitzentechnologie im Hardwarebereich, dh im Satellitenbereich,



beispielsweise wichtige Komponenten für verschiedenste Satelliten, die Erdbeobachtung, Navigation, Telekommunikation und Weltraumwissenschaft betreiben. Aber auch im Dienstleistungssektor ist Europa im Spitzenfeld und ist darüber hinaus dafür bekannt, eine exzellente

Industrie zu haben und exzellente Qualität zu liefern. Die Ausgaben in Österreich im Weltraumsegment sind allerdings viel kleiner als in anderen vergleichbaren Ländern wie beispielsweise Belgien, Schweiz oder Niederlande, wo viel mehr Geld in den Bereich Weltraum investiert wird und sich dadurch auch für die Industrie mehr Möglichkeiten ergeben.

Was braucht es aus Ihrer Sicht in Österreich, damit Österreich seine Position im internationalen Weltraumsektor halten und ausbauen kann?

Österreich hat eine gute Weltraumstrategie, die durch den Nationalrat beschlos-



Der Österreicher Josef Aschbacher ist seit März 2021 Generaldirektor der ESA – die Europäische Weltraumorganisation (European Space Agency, ESA), mit Sitz in Paris, ist eine internationale Organisation 23 europäischer Staaten für die Koordinierung und den Betrieb gemeinsamer Raumfahrtaktivitäten.

profitieren und mehr Möglichkeiten haben, sich in Europa zu entwickeln und europäische Expertise ins Ausland exportieren zu können

Wie kann Kooperation im Bereich Weltraum aussehen? Welche nationalen Partnerschaften kommen in Frage bzw. wären erstrebenswert?

Weltraum ist eine Technologie, die per Definition sehr oft mit internationalen Partnern durchgeführt wird. Gerade Europa hat durch die ESA sehr starke Vereinbarungen mit der NASA, der japanischen Weltraumorganisation, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, mit Indien und anderen Nationen. Hier kann Österreich und Europa seine Expertise einbringen, aber auch Exportmöglichkeiten für Unternehmen eröffnet bekommen. Dies ist eine der Stärken der ESA; international stark eingebunden zu sein und dadurch Kooperationen mit globalen Partnern zu ermöglichen.

In Europa hat gerade Österreich durch den Sitz des United Nations Office of Outer Space Affairs, das Büro der Vereinigten Nationen wo Weltraum global koordiniert wird, international eine global bedeutende Rolle.

Expertenmeinung von IRIS FISCHL-RUHLAND

EU-Forschungsrahmenprogramm – quo vadis?

In der europäischen Forschungspolitik stehen zentrale Weichenstellungen an: Unter anderem wird Mitte des Jahres der erste Vorschlag der Europäischen Kommission zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und zum nächsten EU-Forschungsrahmenprogramm (FRP), „FP10“, erwartet. Im vergangenen Jahr wurden bereits erste wesentliche Pflöcke für die Konzeption und Diskussion zum FRP eingeschlagen. Dabei fokussieren die Bezüge und Empfehlungen zu FP10 auf die jetzigen Hauptprogramme der 1. Säule und 3. Säule (ERC-Grundlagenforschung, EIC-Innovation) des FRP sowie auf disruptive Innovationen – wie etwa in den Leitlinien der EU-Kommissionspräsidentin, dem Draghi-Bericht sowie zuletzt auch

im Berichtsentwurf des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des EU-Parlaments (ITRE). Kritisch ist, dass Überlegungen zur Zukunft der kollaborativen F&E im FRP im Sinne der jetzigen 2. Säule bisher viel zu vage bleiben, wenn auch auf die grundsätzliche Relevanz dieses Herzstücks des FRP vereinzelt eingegangen wird. Diskussionen zu einem etwaigen Competitiveness Funds, unter dem im nächsten MFR sämtliche FTI-Programme budgetiert werden könnten, bringen zusätzliche Unsicherheiten mit sich.

Die IV setzt sich gemeinsam mit Mitstreitern auf nationaler und europäischer Ebene weiterhin massiv dafür ein, dass das künftige FRP die angewandte kollaborative F&E als wesentlichen Teil enthält und entsprechend

der jetzigen 2. Säule mit mindestens 60 Prozent der Mittel wie bisher ausstattet. Hier herrscht hoher Handlungsbedarf: Der Einbezug der wichtigen Übersetzungsrolle der Industrie, in Ökosystemen mit starken Partnern wie Hochschulen und Forschungseinrichtungen, für die erfolgreiche Anwendung und den Markt ist essenziell für ein zukunftsfähiges Europa! Demnächst werden zahlreiche Abänderungsanträge zum ITRE-Berichtsentwurf im Ausschuss und voraussichtlich im März im Plenum des EU-Parlaments abgestimmt, der unter anderem eine Budgetempfehlung enthält, dass die Hälfte des FP10-Budgets zu ERC und EIC gehen soll, was eine klare Reduktion der 2. Säule von rund 59 Prozent auf 34 Prozent des Budgets im Vergleich zum Status quo bedeuten würde.



Iris Fischl-Ruhland, Expertin aus dem IV-Bereich Forschung, Technologie & Innovation

61 Prozent der Rückflüsse an österreichische Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen kommen derzeit aus der 2. Säule. Österreich muss seinen Erfolgsweg fortsetzen und sich für ein starkes zusammenhängendes Forschungsrahmenprogramm mit einem Budget von mindestens 200 Milliarden Euro einsetzen, das angewandte kollaborative F&E mit Fokus auf Schlüsseltechnologien als zentralen Teil enthält.

Sanierung und Wachstum

Österreich steht heuer vor der heiklen Aufgabe, das stark belastete Budget nachhaltig zu sanieren und gleichzeitig die richtigen Impulse zu setzen, um das hauchzarte Wirtschaftswachstum nicht wieder auszubremsen.

Die Stimmung in der Industrie könnte kaum schlechter sein: 2024 gingen 4,5 Prozent an Wertschöpfung verloren und die Arbeitslosigkeit stieg um 17,8 Prozent; die Industrie steckt im dritten Rezessionsjahr. Im Dezember ist die Beurteilung der aktuellen Lage und auch der unmittelbaren Zukunft so schlecht wie seit der Coronazeit nicht mehr. Der entsprechende Index des Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo brach auf minus 27,3 Punkte für die aktuelle Lage in der Sachgütererzeugung und minus 20,8 Zähler für die Erwartungen ein. Die Nulllinie trennt positive von negativen Einschätzungen; und zum Vergleich: Gesamtwirtschaftlich lag der Index im Dezember bei minus 6,0 bzw. minus 6,6 Punkten. Und auch das neue Jahr startet mit trüben Aussichten.

Die vergangenen Jahre waren von externen Krisen und deren Bewältigung geprägt. Es gäbe allerdings für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Österreich global betrachtet Wachstumschancen – die Weltwirtschaft wächst mit rund drei Prozent und viele für Österreich spannende Märkte entwickeln sich dynamisch. Doch Österreich kann an diesen Wachstumschancen nicht teilhaben.

„Wir haben uns schlichtweg aus dem Markt gepreist“, sagt IV-Präsident Georg Knill. „Wir haben in den letzten zwei Jahren jeden 15. Wertschöpfungseuro in der heimischen Industrie verloren – das ist alarmierend“. Die Arbeitskosten sind durch eine Steigerung von 32 Prozent der Lohnstückkosten seit 2021 massiv gestiegen. Die Energiepreise für Industriekunden liegen nicht nur über dem EU-Schnitt, sondern auch beim Zwei- bis Dreifachen dessen, was produzierende Unternehmen beispielsweise in den USA bezahlen müssen. Diese hohen Kosten erschweren es Unternehmen, am Weltmarkt kompetitiv bleiben zu können. Das führt dazu, dass Produktionen an andere Standorte verlegt werden und auch Investitionen anderenorts stattfinden. Gleichzeitig drücken die vielen Monate politischer Unklarheit und der hohe Konsolidierungsbedarf des Bundesbudgets auf das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort.

Wachstum hängt von den Bedingungen ab

Wirtschaftsforschungsinstitute haben für 2025 ein moderates Wachstum von rund einem halben Prozent prognostiziert. Dieser vorsichtige Optimismus ist stark von internen und externen Rahmenbedingungen abhängig. Einerseits geht es um die Frage, welcher Maßnahmenmix bei der Budgetkonsolidierung angewandt wird. Österreich hat bereits sehr hohe Steuereinnahmen – bei der Abgabenquote lag Österreich 2023 mit 43,5 Prozent auf Platz vier in der Europäischen Union. In den vergangenen Jahren stiegen jedoch – teilweise krisenbedingt – die Staatsausgaben auf ein neues Rekordniveau. „Eine nachhaltige Konsolidierung darf nicht durch Steuererhöhungen erfolgen, sondern muss ausgabenseitig und intelligent umgesetzt werden“, sagt IV-Präsident Georg Knill. Der Plan, den FPÖ und ÖVP nach Brüssel gemeldet haben, geht bereits in diese Richtung: Von dem noch heuer einzusparenden Volumen von 6,4 Milliarden Euro soll rund die Hälfte bei Förderungen eingespart werden, 1,1 Milliarden Euro bei den Ministerien; und der Rest durch Effizienzsteigerungen und Lückenschlüsse im Steuersystem. „Nur weniger auszugeben wird jedoch nicht reichen – das ist zu kurz gedacht und verkennt weitere anderweitige Konsolidierungspotenziale, etwa Effizienzsteigerungen und strukturelle Veränderungen“, so der IV-Präsident.

Nach dem Vorbild des „schwedischen Modells“ können in bestimmten Bereichen nominale Kostensteigerungen ausschließlich durch Effizienzgewinne ausgeglichen werden, ohne dabei das Leistungsniveau zu beeinträchtigen. Beispiele dafür sind die Verlagerung von stationären Leistungen im Gesundheitsbereich in Ambulanzen oder im Bildungssektor eine Reduktion der Dokumentationspflichten für Lehrer.

Schließlich müssen so schnell wie möglich auch jene unabdingbaren Reformen angegangen werden, die erst mittel- und langfristig Effekte haben werden. Das betrifft Strukturreformen, wie beispielsweise in den Bereichen der Pensionen, der Verwaltung oder auch des Föderalismus.

„Die Konsolidierung des Bundesbudgets ist kein Selbstzweck, sondern ein zentraler Baustein für eine stabile, vertrauenswürdige und wachstumsfördernde Wirtschaftspolitik. Durch eine intelligente ausgabenseitige Konsolidierung kann der Staat nicht nur seine finanzielle Stabilität sichern, sondern auch die Rahmenbedingungen schaffen, die Unternehmen und Bürger brauchen, um zu wachsen und zu investieren“, betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Unternehmen entlasten ohne Budgetbelastung

Unternehmen zu entlasten, ohne dabei das Budget zusätzlich zu belasten, kann generell über den Abbau bürokratischer Auflagen erfolgen. Die Bürokratiekosten in Österreich belaufen sich auf zehn bis 15 Milliarden Euro, was 2,6 bis 3,8 Prozent der Wirtschaftsleistung entspricht. Österreichische Unternehmen geben im Durchschnitt 2,5 Prozent ihrer Umsatzerlöse für die Einhaltung bürokratischer Vorschriften aus – Geld, das gut für Investitionen und Innovationen ausgegeben werden könnte. Ein Bürokratiekostenindex und in weiterer Folge auch eine gesetzliche Verpflichtung zum Abbau bürokratischer Auflagen könnte Fortschritte sichtbar machen und Unternehmen erheblich entlasten. Aktuell liegt Österreich in dem von IV und Economica entwickelten Bürokratiekostenindex (BKI) im EU-Vergleich auf Platz elf, mit großem Abstand zu den Spitzenreitern in Skandinavien. Österreich liegt bei keinem der analysierten Indikatoren in den Top Ten der EU. In essenziellen Bereichen wie Unternehmensgründungen oder Steuererklärungen gehört das Land sogar zu den Schlusslichtern. Abhilfe könnte auch ein Deregulierungsgesetz ähnlich dem Deregulierungsgrundsatzgesetz, das 2020 ausgelaufen ist, schaffen. Dadurch könnten Regelungen wie Sunset-Klauseln zur Evaluierung neuer Gesetze oder „One in, two out“-Bestimmungen festgelegt werden.

US-Politik wird entscheidend sein

Entscheidend für das Wirtschaftswachstum in Österreich und Europa wird auch die Politik sein, die von Donald Trump in seiner zweiten Amtszeit als US-Präsident zu erwarten ist. Seine angekündigten „America First“-Maßnahmen könnten zu erheblichen wirtschaftlichen Verwerfungen führen. „Bis 2028 könnte die EU durch Trumps Maßnahmen kumulative BIP-Verluste von rund 420 Milliarden Euro erleiden, während die Verluste in den USA moderat blieben. Offene Volkswirtschaften wie Deutschland und Österreich wären besonders stark betroffen“, warnt Knill. Trumps Ankündigungen treffen Europa genau dort, wo die Schwächen liegen: Energiepreise („Drill, baby, drill!“), hohe Abgabenlast (Trump: Senkung der Körperschaftsteuer) und hohe bürokratische Last (Elon Musk als Deregulierungsminister). Vor diesem Hintergrund müsse sich die neue Bundesregierung auf eine starke Außenpolitik und eine gestaltende Stimme in der Europäischen Union konzentrieren, sagt Knill: „Österreich lebt vom Export – wir verdienen sechs von zehn Euro im Ausland. Das muss sich auch im Koalitionsprogramm widerspiegeln“.

Die USA sind nach wie vor ein unverzichtbarer Partner und Verbündeter für Europa und Österreich. Es ist daher für die exportorientierte Industrie unerlässlich, die Partnerschaft mit den USA auf eine neue, ausgewogene Basis zu stellen. „Daher ist es auch wichtig, auf die US-Regierung zuzugehen, die transatlantischen Beziehungen proaktiv zu gestalten, an der Lösung bestehender Probleme zu arbeiten und gleichzeitig die eigenen europäischen Interessen klar zu vertreten“, meint Neumayer.

„Wir starten von einer schwierigen Ausgangslage. Es braucht entschlossene Reformen, um Österreichs Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen“, erklärt IV-Präsident Georg Knill. „Klar ist: Es braucht Entschlossenheit, Mut und kluge Köpfe um die Herausforderungen, vor denen der Industrie- und Wirtschaftsstandort steht, erfolgreich zu meistern und ein weiteres Rezessionsjahr abzuwenden“, so Neumayer abschließend.

Vier zentrale Säulen für einen smarten Konsolidierungspfad:

ZIELGERICHTETE
AUSGABEN-
KÜRZUNGEN IM
BEREICH DER
SUBVENTIENEN
UND FÖRDERUNGEN

EFFIZIENZGEWINNE
BEI GLEICHEM
LEISTUNGSNIVEAU
NACH DEM
VORBILD DES
„SCHWEDISCHEN
MODELLS“

BÜROKRATISCHE
ENTLASTUNG
DURCH EINE
GESETZLICHE
VERPFLICHTUNG
ZUM ABBAU
BÜROKRATISCHER
AUFLAGEN

STRUKTUR-
REFORMEN IN
DEN BEREICHEN
PENSIONEN,
VERWALTUNG UND
FÖDERALISMUS

Prioritäten für den Weg zum Wirtschaftswachstum:

- **SENKUNG DER ARBEITSKOSTEN** –
entscheidend ist die Reduktion der
Lohnstückkosten
- **SENKUNG DER ENERGIEKOSTEN**
sowie Sicherstellung einer
verlässlichen Energieversorgung
zu wettbewerbsfähigen Preisen
- **ABBAU VON BÜROKRATIE**
und Überregulierung sowie Effizienz-
steigerung in der Verwaltung und
Streichung überflüssiger Regelungen

„Grow & Glow“-Initiative holt Mädchen an die HTL

Kann man die HTL (auch) zu einer „Schule der Mädchen“ machen? Das war der Ausgangspunkt eines Pilotprojekts, das von IV und MINTality-Stiftung gestartet wurde.

Die HTL ist ein großes Standort-Asset Österreichs: Jede vierte Matura in Österreich wird an einer HTL absolviert; annähernd die Hälfte des höher qualifizierten Technikpersonals der Industrie kommt aus der HTL – das ist etwa gleich viel wie von Unis und FHs zusammengenommen. Und auch, was die Eignung der Graduerten angeht, brauchen sich die Absolventinnen und Absolventen nicht zu verstecken: Sie werden von der Industrie mit Bestnoten bewertet und übertreffen in einigen innovationsrelevanten Feldern sogar die Hochschulgraduerten. Ohne die HTL-Talente gäbe es demnach keine österreichische Industrie, wie wir sie kennen – keine Hidden Champions, keine Weltmarktführer, keine erfolgreichen Industrie-Leitbetriebe.

Einziger Wermutstropfen rund um den Zukunftsmotor HTL ist die leider noch immer geringe Anzahl an jungen Frauen, die sich für eine HTL-Ausbildung

entscheiden. Vieles bewegt sich dabei in eine erfreuliche Richtung – so ist etwa der Anteil der HTL-Absolventinnen in den vergangenen Jahren von 14 auf zuletzt 21 Prozent gestiegen. In Anbetracht der rasanten Entwicklungen im Technologiebereich und der weiter steigenden Nachfrage nach MINT-Talenten ist es aber zu wenig. Es muss an Dynamik zugelegt werden.

So wurde auf Initiative der IV ein Kooperationsprojekt mit der MINTality-Stiftung, dem HTL-Direktorenverband und HTL-Schülerinnen gestartet. Ziel von „HTL-Girls Grow & Glow“ ist es, interessierte HTLs durch gezielte Interventionen stärker zu „Schulen der Mädchen“ zu machen und damit künftig mehr interessierte weibliche Talente anzuziehen. Operativ unterstützt durch die MINTality-Stiftung wird die HTL dabei in einer ersten Phase von ihren eigenen Schülerinnen unter die Lupe genommen: Wer oder was hat die Schulwahl beeinflusst? Wie wird das



HTL-Schülerinnen aus „HTL-Girls Grow & Glow“.

räumliche Setting der Schulen durch die jungen Frauen wahrgenommen? Welchen Einfluss haben HTL-Pädagoginnen und -Pädagogen und Role Models auf das Wohlfühlen der Schülerinnen an HTLs? Welche Ziele verfolgen HTL-Absolventinnen nach Schulabschluss?

In Anwesenheit von IV-Präsident Knill präsentierten die Schülerinnen erste Zwischenergebnisse bei der bundesweiten HTL-Direktoren-Tagung im Dezember in Salzburg und ernteten dabei

großes Interesse der Schulleitungen. In einer zweiten Projektphase wird nun im Zusammenwirken von Schülerinnen, HTL-Schulleitungen und Industrieunternehmen aus den HTL-Kuratorien eine „Best-of“-Liste an besonders wirkungsvollen Maßnahmen und Interventionen erarbeitet, um die HTL zur Schule der Mädchen zu entwickeln. Ebenso soll ein Tool mit Außenwirkung für die teilnehmenden Schulen entstehen, um den „Glow & Grow“-Spirit der Initiative auf ganz Österreich zu übertragen.

„High Potentials“ aus der Ukraine erhielten IV-Stipendium

Das Stipendium steht unter dem Motto „Praktischer Wissenstransfer im MINT-Bereich“ und wurde diesmal an drei junge Talente vergeben.



Die Stipendiaten bei der Verleihung im Haus der Industrie.

Vergangenen Oktober vergab die Industriellenvereinigung wieder drei Stipendien in Höhe von je 6.000 Euro an junge geflüchtete Studierende aus der Ukraine. Über das Stipendium dürfen sich Iryna Hontsovska (Computerwissenschaften, TU Wien), Mykhailo Barabash (Künstliche Intelligenz, Johannes Kepler Universität Linz) und Iлона Tylevna (Mathematik, Universität Wien) freuen. „Für uns ist eine solche Unterstützung

in dieser schwierigen Zeit für unser Land von großer Bedeutung“, meinte Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine in Österreich, anlässlich der Verleihung der Stipendien. Gastgeber Christoph Neumayer, Generalsekretär der IV, ergänzte: „Uns ist es eine Herzensangelegenheit, begeisterte und begabte junge Menschen aus



IV-Generalsekretär Neumayer mit Oleksandr Irkhin, Gesandter-Botschaftsrat der Ukraine.

der Ukraine bei ihrem MINT-Studium in Österreich zu unterstützen.“

Iлона, Mikhailo und Iryna setzten sich in einem hochkompetitiven Bewerbungsverfahren durch und punkteten mit ihren beeindruckenden Platzierungen bei ukrainischen und internationalen Wissenschaftsolympiaden.

Das Stipendium hatte die Auflage des „praktischen Wissenstransfers im MINT-Bereich“, was Iлона, Mikhailo und Iryna vor eine auch sprachliche Herausforderung stellte, die sie souverän meisterten. Sie gestalteten gemeinsam mit Michael Eichmair und Dmytro Rzhemovskiy von der Universität Wien Workshops über Programmiersprachen und KI für begabte Jugendliche. Ihre Learnings? Planen ist wichtig, Improvisation und Kommunikation mindestens genauso! Nun planen die drei hochbegabten MINT-High-Potentials, so rasch wie möglich auch beruflich in Österreich Fuß zu fassen.



TRIGOS 2025: EINREICH-START FÜR ÖSTERREICHS FÜHRENDEN NACHHALTIGKEITSPREIS

Nachhaltigkeit, Innovation und gesellschaftliche Verantwortung stehen im Mittelpunkt des TRIGOS, Österreichs renommiertester Auszeichnung für zukunftsorientiertes Wirtschaften. Bereits zum 22. Mal wird der Preis im Jahr 2025 an Unternehmen verliehen, die mit ihrer Strategie und ihren Projekten einen nachhaltigen Beitrag für die Gesellschaft und den Planeten leisten.

Von 13. Jänner bis 7. März 2025 können Vorzeigeprojekte in sechs Kategorien eingereicht werden – der Fokus liegt dabei auf der Innovationskraft, der Wirkung der Projekte sowie ihrer Zukunftsfähigkeit. Der Preis gibt Industrieunternehmen die Möglichkeit, zu zeigen, wie Nachhaltigkeit auf innovative Weise im Betrieb gelebt werden kann.

Die feierliche Verleihung findet am 25. September in Wien statt.

Einreichung unter www.trigos.at.

„Technik kinderleicht!“: Forschendes Lernen in Kindergarten und Volksschule



Darüber hinaus werden maßgeschneiderte Angebote zu speziellen Themen wie beispielsweise Bionik oder Papier angeboten.

„Kinderleicht Cafés“

Ein zentrales Element des Projekts sind die „Kinderleicht Cafés“, eine Plattform für Austausch und Vernetzung: Hier können Pädagoginnen und Pädagogen ihre Erfahrungen teilen, neue Ideen entwickeln und praxisnahe Unterstützung durch erfahrene Wissensvermittler des Technischen Museums erhalten.

Praxisnahe Umsetzung

Die teilnehmenden Bildungsinstitutionen werden mit speziell entwickelten Materialien ausgestattet, die sich leicht in den Alltag integrieren lassen. Die Experimente sind so gestaltet, dass sie mit vorhandenen oder kostengünstig beschaffbaren Gegenständen durchgeführt werden können.

Das Projekt „Technik kinderleicht!“ (TKL) des Technischen Museums Wien in Zusammenarbeit mit der Jungen Industrie verfolgt ein klares Ziel: Kinder schon im Kindergarten- und Vorschulalter für Technik und Naturwissenschaften zu begeistern. Seit 2015 unterstützt diese Bildungsinitiative zahlreiche Pädagoginnen und Pädagogen dabei, technisches und naturwissenschaftliches Wissen spielerisch und praxisnah zu vermitteln.

Die Idee hinter „Technik kinderleicht!“

Das Technische Museum Wien und die Junge Industrie teilen die Vision, die natürliche Neugier der Kinder zu fördern und sie zu kleinen Entdeckern zu machen. Frühkindliche Begeisterung für Technik und Naturwissenschaften legt den Grundstein für späteres Interesse und Verständnis.

Doch viele Pädagoginnen und Pädagogen fühlen sich unsicher, MINT-Themen in den Kindergarten- oder Schulalltag einzubinden. „Ich habe selbst keine technische Ausbildung. Wie soll ich das vermitteln?“ ist eine häufige Sorge. Genau hier setzt „Technik kinderleicht!“ an: Mit leicht verständlichen Materialien und praxisnahen Schulungen der Pädagogen zeigt es, wie Technik mit einfachen Mitteln und geringem Budget spielerisch vermittelt werden kann. TKL stärkt die Kompetenzen der Pädagogen, indem sie lernen, Kinder aktiv bei ihren Experimenten zu unterstützen. Eine Teilnehmerin fasst es treffend zusammen: „Ich habe gelernt, dass ich nicht alles wissen muss. Manchmal reicht es, die Kinder zu begleiten und gemeinsam mit ihnen zu entdecken.“



Die Pädagoginnen und Pädagogen agieren als Multiplikatoren und tragen ihr Wissen in die jeweilige Institution weiter. So wird das Projekt nachhaltig in der frühkindlichen Bildung verankert.

Erfolge und Wirkung

Seit 2015 haben über 4.000 Pädagogen aus acht Bundesländern und den angrenzenden Nachbarländern an „Technik kinderleicht!“-Schulungen teilgenommen. Allein im Jahr 2024 wurden 680 Pädagogen aus vier Bundesländern zu MINT-Multiplikatoren.

Ein Blick in die Zukunft

Das Projekt „Technik kinderleicht!“ wird kontinuierlich ausgebaut: Im Sommer 2025 werden erstmals spezielle Workshops für Wiener Freizeitpädagoginnen angeboten. Zudem werden neue Unterlagen und Inhalte zum Thema Nachhaltigkeit entwickelt und die Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene intensiviert. Gemeinsam mit der MINTalitäts-Stiftung entstehen neue Materialien speziell für Mädchen im Alter von vier bis acht Jahren. Das Hauptziel bleibt dabei unverändert: Kinder spielerisch zu fördern und sie für Technik und Naturwissenschaften zu begeistern.



Aufbau des Projekts

Das Herzstück von „Technik kinderleicht!“ ist ein durchdachtes Curriculum, das Pädagogen mit praxisorientierten Workshops zu den Themenbereichen Wasser, Technik im Alltag, Mobilität sowie Digitalisierung qualifiziert.

Mit „Technik kinderleicht!“ setzt das Technische Museum Wien gemeinsam mit der Jungen Industrie einen nachhaltigen Impuls für die Bildung der Jüngsten – und ebnet den Weg für eine Generation neugierig forschender Entdeckerinnen und Entdecker!



ZUKUNFTS- GERICHTETES ÖSTERREICH

Die Krux mit dem Farbenspiel.

Egal, welche Meinung man auch vertreten mag, aus neutraler Beobachterperspektive waren die letzten Monate in der Welt der österreichischen Innenpolitik turbulenter als so manche Filmszenen.

Während die einen mit geflügelten Worten wie „Verantwortung für Österreich“, „Kein weiter wie bisher“ oder „Unsere Hand ist ausgestreckt“ Bullshit-Bingo spielten, verfolgen doch einige Personen die Situation mit ernsthafter Sorge. Unser Farbenspiel wird immer komplizierter: Rot kann nicht mit Blau oder Pink, Schwarz nicht mehr mit Grün und gemeinsam können Rot und Schwarz auch nicht mehr. Schaut man sich die Mehrheitsverhältnisse – auch unter Berücksichtigung von Neuwahlszenarien – an, fällt einem auf, dass nicht mehr viel an Kompatibilität zwischen den Farben übrig bleibt. Für Fantasien wie Minderheitsregierungen oder politisch neutrale Expertenminister besteht im österreichischen System kaum ein Wille.

Langsam frage ich mich, wie sich das alle beteiligten Personen für die Zukunft vorstellen. Realitätsverweigerung ist wohl keine Langfriststrategie – es wäre an der Zeit, sich selbst ernst zu nehmen und leere Floskeln wie „Verantwortung übernehmen“ mit Inhalt zu füllen. Die Menschen in Österreich müssen das nämlich auch machen: Von Unternehmen wird selbstverständlich erwartet, sich laufend an neue Herausforderungen anzupassen, und auch am Arbeitsmarkt sollen die Menschen mit sich ändernden Rahmenbedingungen klarkommen. Warum also nicht die Politik? Die muss jetzt mutig sein, auch größere Veränderungen anzugehen. Wir müssen nicht mehr alles so machen, wie wir es in den letzten Jahrzehnten immer schon gemacht haben. Die Welt hat sich enorm verändert und wird sich noch viel mehr verändern.

Wir brauchen klare Ziele und einen langfristigen Plan für Österreich, und zwar über eine Wahlperiode hinaus. Einen stabilen Wirtschaftsstandort, Wohlstand und Sicherheit – das erwarten sich die Menschen, wenn sie ihre Stimme bei der Wahlurne abgeben.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie



Schicksalsjahr 2025: Tiroler Industrie fordert mutige Reformen

Explodierende Kosten, Bürokratie und die längste Rezession der Nachkriegsgeschichte setzen Tirols Industrie massiv unter Druck. IV-Tirol-Präsident Max Kloger fordert beim Neujahrsempfang mutige Reformen und klare Entscheidungen, um Arbeitsplätze, Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

IV-Tirol-Präsident Max Kloger startete das neue Jahr mit einem eindringlichen Appell: Ohne entschlossene Reformen und einen mutigen Neustart in der österreichischen Wirtschafts- und Budgetpolitik drohen Tirols Betriebe weiter an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren – mit gravierenden Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. „Ein weiterer Stillstand ist keine Option: Es geht um Arbeitsplätze, Wohlstand und die Zukunft unserer Betriebe“, warnte der Präsident der Tiroler Industriellenvereinigung beim Neujahrsempfang der Tiroler Industrie, der erstmals im Salzlager in Hall in Tirol stattfand.

„Es ist fünf nach zwölf“

Mit einem Anteil von 38,9% an der Bruttowertschöpfung und über 40.000 Arbeitsplätzen ist die Tiroler Industrie das Rückgrat der regionalen Wirtschaft. Doch eine Kostenexplosion bei den Lohnstückkosten, überbordende Bürokratie und volatile Energiepreise belasten die Betriebe massiv. Gleichzeitig macht die längste Rezession der Nachkriegsgeschichte, gepaart mit steigender Arbeitslosigkeit, die Notwendigkeit ernsthafter und nachhaltiger struktureller Veränderungen deutlich. „Es ist fünf nach zwölf – vielen unserer Unternehmen steht das Wasser bis zum Hals. Wir brauchen stabile politische Verhältnisse und ein klares Bekenntnis der potenziellen Regierungspartner, dass Industrie und Wirtschaft wieder im Zentrum politischer Entscheidungen stehen. Nur so können wir die nun schon drei Jahre andauernde Rezession überwinden und 2025 zu einem Jahr des Aufschwungs machen“, forderte Kloger.

Steigende Kosten belasten Betriebe

Besonders die rapide steigenden Arbeitskosten setzen den Unternehmen zu: Seit 2021 sind die Lohnstückkosten in Österreich um 30,2% gestiegen – fast doppelt so stark wie in Deutschland und mehr als viermal so stark wie in Italien. „Wir fordern eine Senkung der Lohnnebenkosten um fünf Prozent, damit unsere exportorientierten Betriebe im internationalen

Wettbewerb wieder bestehen können“, erklärte Kloger. Auch die Energiekosten belasten die heimischen Unternehmen weiterhin stark – der durchschnittliche Strompreis in Österreich hat sich seit 2020 mehr als verdoppelt, während die Gaspreise sogar um 228% gestiegen sind. „Die Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030 ist unerlässlich und eine Entlastung bei den enorm gestiegenen Netzgebühren, um energieintensiven Betrieben das Produzieren in Österreich weiter zu ermöglichen“, so Kloger weiter. Zusätzlich erschweren Bürokratiekosten die wirtschaftliche Entwicklung: Mit jährlichen Belastungen von 10 bis 15 Milliarden Euro binden sie wertvolle Ressourcen. „Unsere Unternehmen investieren 2,5% ihrer Umsätze allein in die Erfüllung bürokratischer Vorschriften. Dieses Geld fehlt für Innovation und Wachstum. Wir brauchen dringend einen Bürokratiekostenindex, der diese Belastung messbar macht, und einen konkreten Plan, die Entbürokratisierung endlich in Angriff

zu nehmen“, brachte Kloger eine weitere zentrale Forderung der IV auf den Punkt.

Chancen unter neuer Regierungskonstellation

Die Aussicht auf eine mögliche Koalition zwischen FPÖ und ÖVP sieht die IV Tirol als Chance für den dringend benötigten wirtschaftspolitischen Neustart. Gleichzeitig zeigte IV-Tirol-Präsident Max Kloger aber auch klare rote Linien auf: „Der Zugang zum Arbeitsmarkt für ausländische Arbeits- und Fachkräfte muss gewährleistet bleiben. Unsere Betriebe sind auf internationale Talente angewiesen, um konkurrenzfähig zu bleiben und den Fachkräftemangel zu bewältigen.“ Kloger unterstrich auch die Bedeutung der europäischen Integration und eines funktionierenden Binnenmarkts: „Die EU ist die Grundlage des Erfolgs der heimischen Industrie. Ohne Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt und ohne Freihandelsabkommen gibt es keine Zukunft für Österreichs Industrie. Wir brauchen diese Abkommen, um in

unseren Exportmärkten erfolgreich zu sein und neue Märkte zu erschließen.“

Gemeinsam Verantwortung übernehmen

„2025 ist das Schicksalsjahr für die heimische Industrie – entweder wir ergreifen die Chancen, die vor uns liegen, oder wir riskieren die Zukunft des Industriestandorts und damit unser aller Wohlstand“, warnte IV-Tirol-Präsident Max Kloger. Die neue Bundesregierung müsse entschlossen handeln und der Industrie jene Rahmenbedingungen schaffen, die sie benötigt, um wieder durchstarten zu können. „Tausende Arbeitsplätze, unser Wohlstand und unsere Innovationskraft stehen auf dem Spiel, wenn wir jetzt nicht die Trendwende schaffen. Die Tiroler Industrie ist bereit, ihren Beitrag zu leisten! Unsere Betriebe sind die Motoren für Wachstum und Fortschritt – doch sie brauchen endlich klare Entlastungen und verbesserte Wettbewerbsbedingungen, um ihr volles Potenzial entfalten zu können“, so Kloger abschließend.



Gemeinsam gegen den Fachkräftemangel

Am 19. Dezember 2024 präsentierten Tiroler Recruitingexpertinnen und -experten innovative Lösungsansätze, wie der Fachkräftemangel gezielt bekämpft und die Wettbewerbsfähigkeit der Tiroler Industrie nachhaltig gestärkt werden kann.

Kurz vor Weihnachten stand im Tiroler Haus der Industrie eine zentrale Herausforderung für den Standort im Fokus: der Fachkräftemangel in der heimischen Industrie und den angeschlossenen Branchen. Zwei vielversprechende Projekte aus Tirol sowie ein Expertinnen-Input zeigten Lösungsansätze auf, wie die Tiroler Industrie im Wettbewerb um Talente gestärkt werden kann.

Die Stärke der Marke Tirol nutzen

Die Veranstaltung eröffnete mit der Vorstellung der Initiative „Tirol. Mehr vom

Leben“, präsentiert von Stefan Lahartinger von der Lebensraum-Tirol-Gruppe. Ziel der Initiative ist es, Fachkräfte für den Standort Tirol zu gewinnen. Kernstücke des Projekts sind das „Welcome Package Tirol“ sowie die Plattform „willkommen.tirol“, die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Einstieg erleichtern. Die Employer-Branding-Kampagne nutzt gezielt die Stärke und den internationalen Markenwert der Marke Tirol, die sich die Tirol Werbung über Jahrzehnte in globalen Märkten aufgebaut hat. Damit wird das Land nicht nur als touristische Top-Destination, sondern auch als attraktiver

Arbeits- und Lebensort präsentiert, um dringend benötigte Fachkräfte aus dem In- und Ausland anzusprechen.

Gezielte Ansprache von Talenten

Edit Jaud von der Standortagentur Tirol präsentierte das Projekt „Talent & Welcome Service“. Diese Initiative richtet sich speziell an MINT-Fachkräfte sowie an Talente aus der Informations- und Kommunikationstechnikbranche. Durch Karrieremessen, Networking-Events und exklusive Recruiting-Veranstaltungen bringt das Projekt Unternehmen und hoch qualifizierte Fachkräfte zusammen.

Ergänzend bietet der Welcome Service Unterstützung bei rechtlichen und organisatorischen Fragen, um internationalen Talenten und ihren Familien eine reibungslose Integration in Tirol zu ermöglichen.

Erfolgreiches Recruiting durch interkulturelles Onboarding

Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein inspirierender Vortrag von Bettina Lindner, Geschäftsführerin von OL-Recruiting: Sie zeigte auf, wie Unternehmen durch interkulturelles Onboarding erfolgreich Arbeitskräfte aus unterschiedlichen kulturellen Hintergründen integrieren können. Lindner gab praxisnahe Tipps und Best Practices, die von der Rekrutierung bis zur langfristigen Bindung internationaler Fachkräfte reichen. Besonderes Augenmerk legte sie dabei auf ihre Erfahrungen in der Rekrutierung von Arbeitskräften aus Südostasien für die Pflege, die Hospitality-Branche und technische Fachbereiche – Bereiche, in denen der Fachkräftemangel besonders spürbar ist. Beim anschließenden Get-together mit Glühwein und Kastanien nutzten die Gäste die Gelegenheit, sich auszutauschen und weiterführende Fragen zu den präsentierten Ansätzen zu stellen.



Bei der Veranstaltung „Gemeinsam gegen den Fachkräftemangel“ wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern spannende Ideen und Projekte vorgestellt, mit denen der Fachkräftemangel gelindert werden soll.

Erfolgreiches 3. KI-Forum Tirol

Am 12. Dezember 2024 fand bereits zum dritten Mal das KI-Forum der Tiroler Industrie in den Räumlichkeiten der IV Tirol in Innsbruck statt.

Die Veranstaltung bot erneut eine wichtige Plattform für Unternehmen, um Einblicke in KI-Projekte aus der Praxis zu gewinnen, Herausforderungen zu diskutieren und sich zu vernetzen. Mit einem spannenden Programm – mit Use Cases aus drei Tiroler Betrieben bis hin zu einem Einblick in die Zukunft von Quanten- und Machine Learning – stieß das Forum auf große Resonanz.

Erfolgreiche Praxisprojekte im Fokus

Das Forum beinhaltete wieder beeindruckende Erfahrungsberichte – David Lindner und Josef Astner vom Traktorenwerk Lindner GmbH präsentierten die Fortschritte des „TracLink“-Systems. Dieses vernetzt Fahrzeuge und Anbaugeräte, um Echtzeitdaten wie Fehlercodes, Betriebsstunden und Tankfüllstände zu sammeln. Ein Highlight war die lineare Regression für präzise Prognosen im Winterdienst. Anschließend erläuterte Markus Keller von der Plansee AG die Herausforderungen und Erfolge bei der Integration von KI in die Produktionsplanung. Der Fokus lag auf der Optimierung von Fertigungsprozessen in einem globalen Wettbewerb. Andreas Falbesoner von der Eurogast GmbH stellte das Projekt „Voice2Order“ vor: Die innovative Sprachsteuerung ermöglicht Kunden,

Bestellungen per Sprachbefehl aufzugeben, was sowohl die Nutzererfahrung als auch die Effizienz signifikant steigert.

Trends und Entwicklungen

Oliver Som und Lorina Stotz vom MCI präsentierten die Ergebnisse der Studie „KI in der Tiroler Wirtschaft“, an der 83 Unternehmen teilnahmen. Die Studie zeigt, dass viele KMUs KI aufgrund von Fachkräftemangel und rechtlichen Unsicherheiten noch nicht in vollem Umfang nutzen. Es wurde betont, dass intern vorhandenes Fachwissen der Schlüssel zur KI-Adoption ist. Thomas Monz stellte schließlich den aktuellen Stand in den beiden Feldern Quantum Computing und Machine Learning vor – die Diskussion zeigte, wie diese Zukunftstechnologien die nächste Innovationswelle antreiben könnten.

Gemeinsame Perspektiven für die Zukunft

Das 3. KI-Forum endete mit einem Get-together, bei dem sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über ihre Erfahrungen austauschen konnten. Die Veranstaltung zeigte eindrucksvoll, wie vielfältig die Einsatzmöglichkeiten von KI sind – und wie wichtig es ist, diese Technologien gemeinsam weiterzuentwickeln.



Neues IV-Mitglied: Troger Holz, Säge- und Schaltafelwerk

Troger Holz hat sich in seiner über 200-jährigen Geschichte vom Lohnunternehmen zu einem erfolgreichen Betrieb in der Holzindustrie entwickelt.

Erfahrung, Wissen und Leidenschaft für den Rohstoff Holz sind die Grundpfeiler des bereits in siebenter Generation geführten Traditionsunternehmens. Kunden wie Mitarbeitende profitieren von den handfesten Vorteilen des bodenständigen Familienunternehmens: Eine flache Hierarchie und kurze Entscheidungswege fördern Effizienz, Flexibilität und Innovation. Begonnen hat die Erfolgsgeschichte 1820 mit einer Lohnmühle, Landwirtschaft, Kalkbrennerei und einem Wandergatter. Anfangs für den Eigengebrauch verwendet wird aufgrund von steigendem Interesse an Schnittholz ein Sägewerk mit Wasserradantrieb gebaut. Während Mühlenbetriebe voranschreitend industrialisiert wurden, richteten Walter und Gerda Troger den Fokus auf den Sägewerksbetrieb und bauten das Unternehmen in diese Richtung stark aus.

Tradition und Innovation vereint

Was als kleines Familienunternehmen mit großen Träumen und Visionen begann, ist heute ein erfolgreicher Industriebetrieb mit knapp 100 Beschäftigten an zwei Standorten. Den Weg zum Erfolg haben das familiäre Arbeitsumfeld, die Verbindung von Tradition und Innovation, Handschlagqualität und die fachlichen Kompetenzen der Mitarbeitenden geebnet. Troger Holz fertigt all seine Produkte industriell, woraus sich vielfältige Arbeitsplätze ergeben: Neben Berufen in der automatisierten Produktion legt das Unternehmen großen Wert auf internes Know-how für Maschinenbau, Elektrik und Instandhaltung. Besonders stolz ist man bei Troger Holz auf geschlossene Kreisläufe bei Energie und in der Produktion. „Bei der Herstellung unserer Produkte fällt kein Abfall an. Zudem

stellen wir in unserem Heizkraftwerk alle benötigten Wärmemengen zur Verfügung. Den benötigten Strom produzieren wir zu über 80% selbst. Nachhaltigkeit ist bei uns also nicht nur im Trend, sondern wird täglich gelebt“, erklärt Helmut Troger stolz.

Gerüstet für die Zukunft

Während die Baubranche im Gesamten mit rückläufigen Zahlen zu kämpfen

„Holz ist eine natürliche Ressource, die sich kontinuierlich erneuert und keinen Abfall produziert.“

Helmut Troger,
geschäftsführender Gesellschafter
Troger Holz



hat, bestätigen stabile Auslastungen die steigende Bedeutung von Holz. Mit seinem Fokus auf nachhaltige Verarbeitung, Bereitstellung hochwertiger Produkte

und ständige Weiterentwicklung ist Troger Holz ein sicherer und zukunftsfähiger Arbeitgeber und ein verlässlicher Geschäftspartner.



Aktuelles in Kürze

SWACRIT systems erweitert mit strategischem Zukauf

Das Tiroler Hightech-Unternehmen SWACRIT systems erwirbt eine Beteiligung an der deutschen Alumina Redwitz Holding, Mutter der Alumina-Systems-Gruppe. Diese ist auf vakuumdichte Keramik-Metall-Verbundbauteile spezialisiert. Laut CEO Christoph Swarovski stärkt der Zukauf die Wett-

bewerbsfähigkeit und eröffnet neue Marktchancen. Alumina, mit Standorten in Deutschland und Tschechien, beschäftigt 220 Mitarbeiter und erzielt 20 Mio. Euro Umsatz. Parallel investiert SWACRIT 30 Mio. Euro in ein neues Werk in Nassereith mit 40 Arbeitsplätzen, ausbaubar auf 140.

UNIQA-Studie: Selbstständigkeit als Ziel der Jugend

Erwachsen fühlen sich 64% der jungen Tiroler, wenn sie Fixkosten selbst tragen können; 51% nennen finanzielle Unabhängigkeit, 45% den Auszug aus dem Elternhaus in diesem Zusammenhang. Berufseinstieg ist in Tirol wichtiger als im Österreich-Schnitt

(42% vs. 35%). UNIQA-Landesdirektor Michael Zentner sieht darin ein klares Signal, frühzeitig finanzielle Vorsorge zu fördern, um Unabhängigkeit zu sichern und Verantwortung zu stärken. Die UNIQA unterstützt junge Menschen bei diesem Weg mit passenden Lösungen.

Swarovski beeindruckt auf der CES in Las Vegas

Der Tiroler Kristallkonzern Swarovski präsentierte gemeinsam mit Continental das „Emotional Cockpit“ auf der CES. Highlight sind zwei in Kristall eingefasste Displays mit der „Aurora Borealis“-Beschichtung, die eine luxuriöse Optik schaffen. Ein frei schwebendes Bedienelement und interaktive Widgets

im „Widget Crystal“ setzen technologische und ästhetische Akzente. Laut Swarovski-Mobility-Geschäftsführer Lars Schmidt vereint die Innovation Design und Funktionalität und stärkt die Marktposition. Bereits 2024 wurde das Konzept mit dem CES Innovation Award ausgezeichnet.

automation.eXpress: KI im Maschinenbau

Der Tiroler Automatisierungsspezialist automation.eXpress mit Sitz in Kundl setzt auf digitale Fertigung und künstliche Intelligenz, um Maschinenbauprozesse effizienter zu gestalten. Mit innovativen Technologien hilft er Kunden, Produktionskosten zu senken und wettbewerbs-

fähig zu bleiben. Die 2019 gegründete Firma beschäftigt 55 Mitarbeitende, erzielt 10 Mio. € Umsatz und expandierte 2024 mit einem Standort in die USA. CEO Daniel Schöpf sieht in intelligenten Robotern und VR-basierter Planung die Zukunft des Maschinenbaus.